

Geschichte



Anfang 1925

prangerte der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held in einer Protestrede die vom italienischen Faschismus in Südtirol betriebene Unterdrückung und Itali-

anisierung der deutschsprachigen Bevölkerung scharf an. Benito Mussolini reagierte darauf mit dem Beschluss zur Errichtung eines Siegesdenkmals in Bozen.

ERSTE REPUBLIK

„Brutale Vergewaltigung des Deutschtums“

FEBRUAR 1921: „Oberetsch eine inneritalienische Angelegenheit?“ – Südtirol und die Erste Republik – Die „Achse Berlin-Rom“ und das Ende aller Hoffnungen



von
Rolf Steininger

Die Erste Republik eine schwache Republik

Am 12. April 1920 unterschrieben Österreichs Staatskanzler Karl Renner (im Bild unten) und Italiens Ministerpräsident Francesco Nitti in Rom ein Abkommen, in dem in Punkt 9 festgehalten wurde, dass die Behandlung von Minderheiten grundsätzlich eine rein interne Angelegenheit Italiens sei.



Renner erkannte an, dass Südtirol eine Frage sei, die allein die Regierung in Rom etwas angehe, und begnügte sich mit der Zusage Nittis, dem „Oberen Etsch“ eine Autonomie zu gewähren. Italien verpflichtete sich im Gegenzug, Österreich diplomatisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Schon mit diesem Abkommen wurde das Kernproblem der Ersten Republik erkennbar: Angesichts ihrer Schwäche war man auf Italien angewiesen und bereit, Südtirol nicht zum Störfaktor in diesen Beziehungen werden zu lassen.

Als 1923 die Faschisten ihre Italienisierungspolitik in Südtirol verschärften, wurde dies besonders deutlich: Der Aufforderung des Tiroler Landtages und der Landesregierung, das Tiroler Verlangen nach Wahrung der „völkischen Rechte Tirols“ an den Völkerbund weiterzuleiten, entgegnete Wien mit dem Hinweis, Italien habe sich völkerrechtlich nicht zum Minderheitenschutz verpflichtet und sei daher auch an keinen Vertrag gebunden. Einer österreichischen Beschwerde beim Völkerbund werde deshalb jede rechtliche Basis fehlen; ein solcher Schritt wäre erfolglos und würde Italien nur schwer verstimmen.

Der Druck aus Innsbruck führte immerhin dazu, dass sich Bundeskanzler Rudolf Ramek in einer Rede vor dem Hauptausschuss des Nationalrates am 17. Februar 1926 öffentlich zur Italienisierungspolitik äußerte, dabei allerdings stets nur von „Oberetsch“ sprach, was in Tirol mit Empörung aufgenommen wurde. Einstimmig drückte der Tiroler Landtag denn auch sein „tiefstes Bedauern“ darüber aus, dass Ramek nicht nur den Namen Südtirol vermied, sondern „gefliessenlich den Ausdruck Oberetsch“ gebraucht habe.

Südtirol und die Weimarer Republik

Anders Deutschland. Öffentlich war von „Südtirol“ die Rede. Am 5. Februar sprach der Bayerische Ministerpräsident Heinrich Held im Landtag in München von unseren „Südtiroler Brüdern“ und protestierte in „schärfster“ Form gegen die „brutale Vergewaltigung des Deutschtums in Südti-



„Führerbesuch“ in Rom im Mai 1938. Hitler macht erneut klar, dass es sein „unerschütterlicher Wille und sein Vermächtnis an das deutsche Volk“ sei, „die von der Natur aufgerichtete Alpengrenze immer als eine unantastbare anzusehen“.

rol“. Am 9. Februar stieß Außenminister Gustav Stresemann im Reichstag nach. Er drückte den „Südtirolern“ offen seine Solidarität aus. Er stellte klar, dass die Reichsregierung zwar Friedensverträge und damit die Brennergrenze respektiere, „es aber nicht nur internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral“ gebe. Die öffentlichen Versprechungen und damit übernommenen moralischen Verpflichtungen Italiens gegenüber Südtirol seien mit der seit 1923 verfolgten Entnationalisierungspolitik unvereinbar. Und im Übrigen werde sich Deutschland das Naturrecht, mit seinen deutschen Blutsbrüdern zu fühlen, „von niemandem nehmen lassen“. Der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Loebe fügte hinzu, dass sich das deutsche Volk nicht davon abhalten lassen werde, „für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. Dieses Recht werden wir uns am wenigsten durch beleidigende Ausfälle und sinnlose Drohungen, von wo sie auch herkommen mögen, beschränken lassen.“

Das war auf Mussolini gemünzt, der Helds Rede als unerhörte Einmischung zurückwies und erklärt hatte, die italienische Politik im „Alto Adige“ werde „nicht um eine Kleinigkeit geändert. Wir werden jene Region ita-

lienisch machen, weil sie italienisch ist, italienisch in geographischer Hinsicht, italienisch in historischer Sicht. Von der Brennergrenze kann man tatsächlich sagen, dass es eine von Gottes unfehlbarer Hand gezeichnete Grenze ist.“

Bundeskanzler Seipel und Südtirol

Auch um das Südtirolthema nicht zu einem ausschließlich deutschen Thema werden zu lassen, und unter dem Druck aus Tirol griff Österreichs Bundeskanzler Ignaz Seipel das Thema Anfang 1928 im Nationalrat wieder auf: Solange diese Wunde nicht verheilt sei, würden herzliche Beziehungen zu Italien immer beeinträchtigt bleiben. Gleichzeitig lehnte er aber eine Anklage Italiens beim Völkerbund erneut als eine bloße Demonstration und daher als unnützlich ab, erinnerte jedoch daran, dass „eine internationale Moral über dem internationalen Recht steht“ – genau die Formulierung, die Stresemann benutzt hatte. Immerhin erntete er für diese Äußerung Dank und Beifall in Tirol, andererseits kam es aber zu einer Krise in den Beziehungen zu Italien. Rom zog seinen Gesandten in Wien ab und war „sehr irritiert“. Mussolini drohte sogar, „Taten sprechen“ zu lassen, und zwar durch Verschär-

fung der Maßnahmen in Südtirol sowie Störungen der Bemühungen um eine Investitionsanleihe.

In der Folge bemühte sich Seipel denn auch um Schadensbegrenzung. Die Erörterung des Südtirolproblems wurde für abgeschlossen erklärt, Demonstrationen versuchte er zu verhindern. Es war dies die letzte große Krise in den bilateralen Beziehungen und ein typisches Beispiel für die Eigenart eben dieser Beziehungen: Das schwache Österreich war von Italien abhängig, und so konnte Seipel in einer Botschaft an Mussolini im Juni 1928 nur nochmals feststellen, dass seine Regierung das Südtirolproblem als eine rein kulturelle Frage und eine inneritalienische Angelegenheit betrachte, und „so liegt uns die Absicht einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens vollkommen fern“. Besonders in Tirol war die Empörung groß; man warf Seipel eine „Kapitulation vor Mussolini“ vor.

Südtirol hofft auf Deutschland

Mit dem Nachfolger Seipels, Johannes Schober, verbesserte sich das Verhältnis zu Italien mehr und mehr. Dies führte im Februar 1930 zu einem Freundschafts- und Schiedsvertrag, dessen Formulierung eine Erörterung der Südtirolfrage ausdrücklich ausschloss. In den Berichten über den Besuch Schobers in Rom wurde dieses Thema überhaupt nicht erwähnt, was im Auswärtigen Amt in Berlin den Eindruck verstärkte, dass „nur noch in Deutschland für Südtirol Interesse vorhanden ist“. Dieser Eindruck traf weitgehend zu. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Südtirolproblem im Reichstag in Berlin und im übrigen Deutschland, vor allem im Bayerischen Landtag, öfter und vehementer angesprochen worden als im Nationalrat in Wien oder im übrigen Österreich, mit Ausnahme Tirols.

Wenn Österreichs Bundeskanzler die faschistische Sprachregelung übernehmen und „Oberetsch“ sagten, während deutsche Politiker laut und deutlich „Südtirol“ sagten und aus Berlin viel Geld zur Abwehr der faschistischen Politik nach Südtirol floss, dann wird deutlich, wie sehr die Südtiroler in jenen Jahren auf Deutschland hofften.

Dollfuß und Mussolini

Mit dem Scheitern der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich 1931 verstärkte sich gleichzeitig die Abhängigkeit Österreichs von Italien. Für Österreich lautete das Ergebnis Engelbert Dollfuß. Als der am 13. April 1933 erstmals Mussolini in Rom traf, wurde er vom Duce gedrängt, ein Programm in „entschieden faschistischem Sinne durchzuführen“ und der Sozialdemokratie „in ihrer Felsenfestung Wien einen Schlag zu versetzen“.

Im „Ständestaat“, der jetzt von Dollfuß mit der „Vaterländischen Front“ aufgebaut wurde, war Südtirol kein Thema mehr. Am 25. Juli 1934 putschten die österreichischen Nationalsozialisten. Dollfuß wurde ermordet, der Putsch selbst brach nach wenigen Stunden zusammen. Hitlers „schnelle Lösung“ eines Anschlusses scheiterte. Mitentscheidend dafür war die Hilfe Mussolinis, der Divisionen in Richtung Brenner und Kärnten in Marsch gesetzt hatte.

Die „Achse Berlin-Rom“ und das Ende aller Hoffnungen

Mit jedem Schritt, mit dem sich Mussolini dann den Westmächten entfremdete und Hitler annäherte (Überfall auf Abessinien), ließ dessen Interesse an einem unabhängigen Österreich allerdings nach, wurde der Spielraum von Kurt Schuschnigg, Nachfolger von Dollfuß, enger. Als es im Herbst 1936 zur „Achse Berlin-Rom“ kam, entstand das

makabere Scherzwort, diese Achse sei der Spieß, an dem Österreich braun gebraten werde. Die Tage eines unabhängigen Österreich waren gezählt.

Nach dem „Anschluss“ im März 1938 hofften viele Südtiroler, dass der „Führer“ auch Südtirol „heim ins Reich“ holen werde. Die Ernüchterung kam für etliche am 7. Mai 1938 mit Hitlers Rede in Rom, in der er mit Nachdruck betonte, dass es sein „unerschütterlicher Wille und sein Vermächtnis an das deutsche Volk“ sei, „die von der Natur aufgerichtete Alpengrenze für immer als eine unantastbare anzusehen“. Ein Jahr später gab es das berühmte Hitler-Mussolini-Abkommen.

Fazit

Die Geschichte der Ersten Republik ist die Geschichte eines Überlebenskampfes dieser Republik, der 1938 verloren ging. Südtirol war in jenen Jahren zu keinem Zeitpunkt Thema Nummer eins der österreichischen Außenpolitik. Wirtschafts- und sicherheitspolitisch war das schwache Österreich auf Italien angewiesen und bereit, Südtirol als inneritalienische Angelegenheit zu betrachten und nicht zum „Störfaktor“ in diesen Beziehungen werden zu lassen. International gab es keine Schutzbestimmung, an die sich Italien mit Blick auf Südtirol hätte halten müssen. In Innsbruck sah man das verständlicherweise anders und drängte Wien immer wieder zu Interventionen in Rom. Man sprach das Thema dort auch an, was aber nur als lästige Pflichtübung gesehen wurde und erfolglos blieb. Weder die Politiker in den 1920er Jahren noch die „Austrofaschisten“ haben Südtirol verraten: Hitler und die Nationalsozialisten waren es.

Manches in der Ersten Republik erinnert an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Durch das 1946 abgeschlossene Gruber-De Gasperi-Abkommen war Südtirol zu einer internationalen Angelegenheit geworden und seine Autonomie völkerrechtlich gesichert. Erst dieses Abkommen ermöglichte denn auch 1960 den Weg zur UNO.

■ **Zur Person:** O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. www.rolfsteininger.at

Buchtipp: Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Studienverlag, Innsbruck-Wien 1997, 155 Abbildungen, 619 Seiten; 4. Auflage 2004.

Bestellen: www.athesiabuch.it



Italianisierung Südtirols lautet die Parole der Faschisten.